

# Dresdner Volkszeitung

Geschäftsführer: Leipzig  
Abend & Rumpf, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffo: Gebr. Knobold, Dresden.

Aboabonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 200 M. Durch die Post bezogen vierjährlich 600 M., unter Freibrief für Deutschland und Österreich-Ungarn 900 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Pedaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nacht.

Abonnementpreis: die 7 geplante Sonnabende 50 Pf. darauf 40 Prozent  
Zuerst aufgezahlt, bei Familienangelegenheiten die Seite 60 Vi. (ca. 15 Pf.).  
Interessant sind im vorne zu bezahlen. Eine Verbindung zur Zeitung am vor-  
geleiteten Tage kann nicht übernommen werden. Für Briefmarken 20 Pf.

Nr. 136.

Dresden, Dienstag den 17. Juni 1919.

30. Jahrg.

## Weimarer Ergebnisse.

Die Debatten des sozialdemokratischen Parteitags sind verflüchtigt und die Beiträge, die als Nachhall in der Presse einzogen, sind mindestens so lehrreich für die Situation, wie es die Tagung selbst war. Der Prozeß der Rechten ist mit Weimarer Tagung ein neuer Venuel dafür, daß sich die Sozialdemokratie immer stärker nach links entwölfe, während ungefehlte die Revolutionshysteriker am Verlust der Verhandlungen nachweisen, daß die Sozialdemokratie sich immer mehr nach rechts wende. Waren von diesen Seiten andere Kommentare zu erwarten? Nein, denn das hieße Erkenntnis von historischen Notwendigkeiten bei Leuten voraussehen, die nur noch in Schablonen denken können. Die Kästchen, die sich die Extremen von rechts und links im Kampfe gegen die dämmste Arbeitspartei gefordert haben, sind so gähnend und wissungslos wie das Denken dieser Politiker der Scheukappen.

Vor allem die Unabhängigen, die sich auf ein Gesäß in Weimar und auf eine große Rieblinge der Regierung stützen, sehen sich in ihren freundlichen Erwartungen schwer getäuscht. Gewiß wird auch die sozialdemokratische Partei mehrheitlich von den Lösungen in Weimar nicht hoch befriedigt sein können. Die zur Tagesordnung stehenden Probleme waren zu schwierig und zu groß, als daß der Parteitag über Festlegung allgemeiner Grundlinien hätte hinauskommen können.anderer Untergang, manche Anregungen, die ein besseres Schicksal verdient hätten, mußten unter den Tisch fallen. Die Nöte im Innern, wie das dunkle Schicksal, das in diesen Tagen von Weimars her über uns ausgesprochen wird, mußten unser diesjährige Parteitag zu einem Kongress der Not und des Stempeln. Nur unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, kann man der geleisteten Arbeit gerecht werden. Die deutsche Arbeiterschaft ist aus der Periode des Agitationskampfes in die politische Schaffensperiode eingetreten. Gerade darum war die Kritik an der Regierung, wenn sie sich auch quantitativ in den nötigen Grenzen halten mußte, immerhin doch deutlich, daß wir hoffen, die Grossen an der Spitze des Landes und der Partei werden das Drängen der Genossen nach rascherer Demokratierung der Staatsmaschinerie und den Verlangen nach planmäßigerem sozialistischen Aufbau und Umbau des Wirtschaftslebens verstehen.

Wir haben gestern bereits an dieser Stelle die Wisselsche Forderung nach rascher Herbeiführung staatlicher Gemeinschaft betont und ebenso begrüßt wie die in der Rätevolution geforderten Ausbau des Rötegedankens im Wirtschaftsleben, so daß wir uns nicht zu wiederholen brauchen. Stehen uns hier die bürgerlichen Parteien im Wege, so muß der Kampf gegen diese Hindernisse energisch aufgenommen werden. Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe allein stehen werden, denn die Unabhängigen haben sich sowohl in der sozialisierung wie in der Rätefrage in kommunistischen Sackgassen verirrt. Sie werden in diesen Punkten abgetan von ihren besten, bekanntesten und darum faltgestellten Köpfen. Ihre Formel „Alle Macht den R.- und S.-Ältern“ wird von Leuten wie Rautenkampf und Ströbel als wirtschaftlicher Unfall und politischer Disziplinismus gebrandmarkt. Solange diese Politik des Unfalls da drüben herrschend bleibt, ist eine Einigung des sozialistischen Proletariats unmöglich. Mit einer Rätevolution, in der die Grundlage der Demokratie scharf betont werden, hat der Parteitag die für uns einzige mögliche Basis der Einigung scharf gezogen.

Je eher in den unabhängigen Arbeiterschaften die Einheit von unabhängigen Gerichten wie Ströbel, Rautenkampf, Rettigkampf usw. liegt, um so besser für das Proletariat. Aber wir fürchten, die Politik der Unfreiheit, des Konkurrenzsozialismus in partizipativer Richtung und der Unwahrhaftigkeit wird da drüben so rasch nicht abwischen. Ein schlagender Beweis für das undisputable Gebaren der R.-S.-Ä. waren die Enttäuschungen Rosseks über die Verhandlungen unabhängiger Führer mit den Offiziellen der von der unabhängigen Presse gefürchteten Freiwilligenkorps. Heute möchten die Freiheit und ihre Geschwister die Sache aus dem Veilchen ins Lächerliche zerren und die Parteileitung will nichts von dem Liebeswerben um die „Rötegarde“ gewusst haben! Gar nichts hat sie geahnt. Haale hat ja auch nicht gewußt, daß Cohn und Barth von Jossa Geld für den Waffenanstalt 1918 bekamen. Räuber haben die Unabhängigen fast die Rötegarde gerühmt. Ledebour wußte natürlich auch nichts davon, daß Eichhorn Waffen austeilte und Brillen zu brechen besaß; er war ja auch nur im selben Raum. Bei allen Puffen daselbe Bild: die Unabhängigen sagen, mein Name ist Haale, ich weiß von nichts. Wenn aber andern eine Bewegung gilt, dann sind sie die Träger der Revolution. Und wenn Rossek Truppen wieder einmal gegen unabhängige kommunistische Gewaltabschüsse ausgetreten werden müssen, dann wird der ganze Eheraus der Revolutionshysteriker gegen die Sozialdemokratie töben, weil sie die Verhinderung der „Rötegarde“ zuläßt, um deren Sumpf und deren Krebsfuß unabhängige Führer vergrößert zu haben. Im Blitze dieses Falles erkennen selbst Genossen, die nach Weimar gegangen waren, um Rossek den Kopf zu wälzen, daß keine Regierung ohne die Wachtmittel, wie sie Rossek organisiert hat, auskommen kann. Wir müssen fordern, daß alle militärischen Übergriffe unmissverständlich gehandhabt werden, aber zu vermeiden sind sie nicht, solange die Grundlage der Demokratie von links andauernd bedroht werden. Das gebessert könnte allerdings werden, wenn der Appell des

Parteitags an die Parteigenossen, sich in möglichst großer Zahl der Regierungsschutzeinheit anzuschließen, nachdrücklich unterstützt würde.

Leiderlich ist der Streit darüber, ob die Regierung aus den Parteitagdebatten gerechtfertigt hervorgegangen ist oder nicht. Referenten und Debattierer haben daraus kein Heil gemacht, daß die Arbeiterschaft von ihren leitenden Männern nicht Initiative gegen rechts auf allen Gebieten fordert. Aber unterschlagen werden muß wiederum, was auf dem Parteitag auch von den sozialdemokratischen Arbeitern gefordert wurde: sie müssen den Mut haben, der Hysterie von

links energisch entgegenzutreten und dem revolutionären Unsinne die sozialdemokratische Vernunft entgegen zu setzen. Dann wird sich unsere Partei, die für alles, was sie für richtig und notwendig erkannte, trotz aller Ungunst dieser grauen Zeit auch tapfer die Verantwortung übernommen hat, — dann wird sich die unterprotektive Partei der organisierten Arbeiterschaft durch alle Ecken und Nöte der Gegenwart behaupten. Unser Gegner von rechts wie von links sind sich einig in der Lösung: die Macht der Sozialdemokratie muß gebrochen werden! Die Rückwärtler wissen, was sie damit wollen — die Revolutionshysteriker aber wissen nicht, was sie tun. Um so mehr müssen unsre Anhänger die Augen klar und die Energie in Spannung halten.

Sonst droht dem deutschen Volke die Rauktion oder anarchistisches Chaos!

## Die Antwort der Entente.

**Paris, 16. Juni.** In ihrer Antwort auf die deutschen Gegenbeschuldigungen erklärten die alliierten und assoziierten Mächte: Sie glauben, daß der von ihnen vorgelegten Friede von Gründ auf ein Gerechtigkeitsfriede sei und den Grundlagen entspreche, die die Absicht des Kaiserreichs von beiden Seiten als Grundsätze für den Frieden angenommen seien. Die Durchführung dieser Grundsätze hätten die alliierten und assoziierten Mächte Maßnahmen getroffen um Polen als unabhängigen Staat mit freiem, sicheren Zugang zum Meer wieder aufzurichten, alle nicht unzureichend in der Wehrheit polnisch besetzter Gebiete zu schützen, unter einigen isolierten Städten und Napoleon, die in erst fürglich gewaltsam eingeschlossenen Ländern errichtet und im mittleren unzureichend polnischen Ländern gelegen seien, seien Deutschland belagert geblieben. Heute aber, wo der Polenwahl zweifelhaft sei, sei Polen fast im ung vorgesehen. Damit werde Freiheit; seine Einwohner werden autonom und lämen nicht unter polnischer Herrschaft, noch würden sie eine Verbindung des polnischen Staates bilden. Polen werde gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst von Deutschland gelöst, weil es kein anderes Mittel gebe, Polen diesen freien, sicheren Zugang zum Meer, den Deutschen zu gewahren versprochen habe, zu geben. Die deutschen Gegenbeschuldigungen würden in vollem Widerstreit mit den für den Friedensschluß angenommenen Grundsätzen. Sie sehen vor, daß die große Mehrheit unzureichend polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands belassen würde. Sie bevorzugen aber eine Nation von über 20 Millionen Einwohnern, deren Landesangehörige (natürlich) längs des ganzen zur Nähe liegenden Weges in der Wehrheit seien, den sicheren Zugang zum Meer, um Verbindung zu Landen zwischen Osteuropa und Westeuropa zu erhalten, deren Handel immer hauptsächlich zur See erfolgt. Diese Gegenbeschuldigungen können jämlich von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Indessen hat die deutsche Note eine Änderung vorgeschlagen, die zugestanden wird: auf Grund der Beschuldigung, daß Österreich, abgesehen von einer polnischen Mehrheit im Verhältnis von 2:1 (noch bei leichter Deutschen Volkszählung von 1910 1.200.000 gegen 650.000) bewohnt, deutsch zu bleiben wünsche, willigen die Mächte ein, daß die Provinz, ob Österreicher zu Deutschland oder Polen gehören soll, durch eine Abstimmung der Bewohner selbst entschieden werde.

Das ist das

### Saargebiet

vorgeholtene Regime muß 15 Jahre dauern. Dieses Arrangement wurde für notwendig erachtet einmal als Voraussetzung des allgemeinen Friedens und dann als sofortige und für Frankreich als notwendig erkannte Kompensation für die faktuelle Verfestigung der Sozialistengruppe. Dieses Gebiet gelangt nicht unter französische Oberhoheit, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, kleinere Anningar in sich zu spalten, zugleich garantiert das Eigentumsrecht an den Gebüs zu zweckmäßig zu gestalten. Außerdem hat sie die wirtschaftliche Einheit des Saarlandes aufrecht, die für die Zukunft wesentlich ist. Nach Ablauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, die in der Hoffnung unter Überwachung und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre örtlichen Angelegenheiten ausgeübt hat, völlige Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland oder mit Frankreich oder die Fortsetzung des Vertrages vorgelesenen Realen zu wählen.

Die Gebiete, die man von Deutschland an

### Dänemark und Belgien

zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise gewollt von Preußen genommen und feinerlei Übertragung wird erfolgen, die nicht Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner sein wird. Dieser Entschluß wird mit solchen Vorrichtungsregeln gefestigt werden, daß die Freiheit der Abstimmung vollständig sein wird. Endlich sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß die eingedrohten deutschen Kolonien sich lebhaft dem Völkerbund widersetzen, unter deutscher Oberhoheit zurückgeworfen. Die Tradition deutscher Bevölkerung, deutscher Regierungsmethoden sowie der Gebrauch, der von ihren Kolonien gemacht wurde, um sie als Basis zu gebrauchen, von wo aus man sich auf den Weltmarkt hinzutun könne, machen es den alliierten und assoziierten Mächten unmöglich, diese Kolonien zurückzugeben, noch um die Verantwortung anzuerkennen, ihre Bewohner zu ergänzen und zu bilden. Aus diesen Gründen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht geneigt, diese Vorhänge abzuziehen aus den angegebenen Punkten.

Die Vorschläge betreffend das

### Internationale Regime der Flüsse

bilden eine Ergänzung zu dem territorialen Reglement. Es ist konform den Grundsätzen des Friedens, wie sie angenommen wurden, sowie dem in Europa in Kraft befindlichen öffentlichen Recht, daß Gewässerhaften auf den ihr Gebiet durchliegenden Gewässer freien Zugang zum Meer erhalten. Die alliierten und assoziierten Mächte erachten deshalb die von ihnen vorgeschlagenen Arrangements als von grundlegender Bedeutung für die freie Entwicklung der neuen kontinentalen Staaten. Außerdem haben sie keine Verhinderung der Rechte anderer Staaten zur Folge. Vorbehaltungen, die die Teilnahme der Vereinten

Nationen in den Hilfekommissionen vorsehen, bilden eine Gewähr barer, daß das allgemeine Interesse in Betracht gebracht wird. Gedacht sind in der Ausübung dieser Kommissionen einige Berichtigungen an den ursprünglichen Vorschlägen zugebilligt worden.

Es hat den Anschein, daß die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in erheblichem Maße mißdeutet hat. Es besteht bei den alliierten und assoziierten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erpressen und es zu behindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm aufkommt. Vorauftagelegt, daß die Bedingungen des Friedensvertrags erfüllt und durchsetzt ebenfalls, daß es keine Methoden des Angreifens und Angriffsrechts aufzeigt, die keine Rechtsmethoden, die keine politischen Methoden darstellen, in Abrede der alliierten und assoziierten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Beobachtung genießt in Bezug auf den Eintritt von Staatenstaaten und den Verkauf von Waren unter Vorbehalt der politisch befreit angeführten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschlands Taten gerührten und geschädigten Nationen aufgetragen worden sind. — Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen, daß die durch den Krieg aufgelösten Leidenschaften bald als möglichst erledigt und daß alle Nationen an dem wahren Wohlgegenstand teilnehmen, das endlich einen Zustand herstellt, wo jeder einzelne den Fortschritten des anderen nachkommt. Sie wünschen, daß Deutschland wie alle anderen Nationen auf dieser Wohlheit erfreue. Über auf viele Jahre hinaus wird noch ein beträchtlicher Teil dieser Wohlheit durch den Krieg beeinträchtigt werden, die Deutschen wieder aufzubauen, die Deutschen befürbte. Um ihre Wohlheit herzustellen, haben die alliierten und assoziierten Mächte eine genügende Finanzmittel und wirtschaftliche Räume des Vertrags abgewonnen, aber die Grundlage, auf denen der Vertrag beruht, sind unabänderlich.

Der Vorschlag der alliierten und assoziierten Mächte über die

### Wiederentzündung

umfassendste leistungsfähigste Form der Kommission des Reparationsfonds ist in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Regierung bestrebt, einzuführen. Sie begreift lediglich beiden Parteien die Regelung der Wiederentzündung möglichst zu erleichtern. So muß sie aufgeklärt werden. Aufzufordern sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, sie abzumachen. Über gleich den deutschen Delegation erkennt sie die Vorteile an, die daraus entstehen, wenn man so schnell wie möglich den Vertrag kennen lernt, den Deutschland ziehen muß und die Alliierten einnehmen können. Die letzte Befreiung kann nicht sofort festgesetzt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten der Wiederentzündung noch nicht festgestellt werden können. Anfangs werden die alliierten und assoziierten Mächte ein Deutschkörde alle notwendigen vernünftigen Verbesserungen zu gewähren und ihnen zu gestatten, sich ein Orientbild der Verhältnisse von der Vertragsunterzeichnung an zu verschaffen. Vorzusehen für die Regelung des von ihm verdeckten Schadens zu mindern. falls man im Laufe von zwei Monaten, welche der Antrittsstellung des Vertrags folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genannte Reparationskommission Deutschlands teilnehmen werden. Falls in dieser Zeit eine Einigung nicht stattgefunden hat, wird das im Vertrage vorgesehene Arrangement aufzuführen werden.

Die alliierten und assoziierten Mächte können der Förderung der deutschen Delegation auf sofortige Zulassung Deutschlands zusätzliche

### Gefäßlichkeit der Nationen

nicht noch kommen. Die deutsche Revolution wurde bis zum letzten Augenblick des Krieges vergessen, und bisher haben die Alliierten und Assoziierten keinerlei Vorsicht, daß die Revolution eine heimliche Verbreitung hat. Bei dem augenblicklichen Zustande des internationalen öffentlichen Gewissens kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich unverzüglich und auf dem Höhe der Weisheit mit denen ausspielen, welche ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Neben Verlust, dieser Gewinn ist in verdeckter Weise herbeizuführen, würde das Anreden der von allen gewünschten Verbesserung nur verzögern, statt es zu beschleunigen. Aber die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch seine Durchdringung, seine Rücksicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, seine endgültige Verachtung auf Angripperspolitik und seine Ummwandlung in ein Volk befürchtet, mit dem man auf freundlichem Wege in guter Nachbarschaft leben kann, die Erinnerungen an die letzten Jahren sind schnell vergessen und es möglich sein wird, in nicht fernster Zukunft die Gewissheit der Nationen zu vervollständigen, indem man Deutschland zu läßt.

Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen aufdringlich, daß dem so sein könne; sie glauben, daß die Zukunft der Welt vom einem engen freundschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen im Hinblick auf die Regelung internationales Kriegs und die Versöhnung aller deßen, was die Weltfahrt und den Nahen Osten der Menschheit betrifft, abhängt. Aber es wird beobachtlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, des Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen.

Zur offiziellen und offiziellierten Macht zu fordern, daß die Völker des Deutschen Reichs eine gesetzliche Friedensmaßnahme ist und nur in der vertraglichen Gewalt des von Deutschland durchsetzten Friedens und der von Deutschland durchsetzten Friedensmethoden, jedoch stets gemäß dem internationalen Recht verabschiedet werden müsste. Schließlich erläutern die offiziellen und offiziellierten Mächte, daß dies heute ihnen übermittelten Bedingungen ihr leichtes Werk sind. Sie haben auf Grund der Erzung der deutschen Gewaltvorschläge bedeutsame politische Ergebnisse für die Durchführung gemacht, sich jedoch in den Gewaltungen an den Vertrag zu halten. Der Vertrag wie er heute vorliegt ist, repräsentiert den aufschwierigen Vertrag, einen Vertrag mit dem Kreditor zu erzielen und als solcher muß er im Vorlaufe, wie er heute vorgelegt wird, angenommen oder verworfen werden. Ansonsten erwarten die verbündeten und offiziellierten Mächte von der deutschen Delegation binnen fünf Tagen vom Tage der Bekanntmachung des Vertrags eine Erklärung, wonach sie bereit ist den Vertrag, so wie er ist, zu unterstützen. Gleichzeitig dazu werden die Bedingungen für die sofortige Unterzeichnung des Vertrags in Verhandlung gebracht. Rücksichtslos stellt die gegenwärtige Regierung Nr. 2 einblenden kann. Die Gründung des Staates des Artikels 2 des Abkommen vom 15. Februar 1919 über die Vereinbarung des Deutschen Reichs ist der. Ansonsten wird der Waffenstillstand kein Ende finden und die verbündeten und offiziellierten Mächte werden die Voraussetzungen ergründen, die sie für erforderlich halten, um die Bedingungen aufzuzeigen.

wid Paris, 16. Juni. (Reuter.)

Die von den Verbündeten auf die deutsche Vereinbarungen zu den Friedensbedingungen erzielte Antwort ist heute veröffentlicht worden. Sie wird eingeleitet durch einen

#### Bundesbrief.

In dem gesagt wird: In den Augen der verbündeten und offiziellierten Mächte war der Friede des großen Vertrages, das gegen die Menschheit jenseits der Grenzen des Deutschen Reichs zu erklären. Der Brief schlägt dann die deutschen Verträge auf und sagt: Deutschland muß es auf sich nehmen, Wiedergutmachungen zu leisten. Der Brief führt weiter aus: Die verbündeten und offiziellierten Mächte haben für die Wiedererrichtung eines nationalen Staates mit sicherem Zugang zum Meer Vorsorge getroffen. Das Regime bestrebt das Vorarbeiten wird für 15 Jahre aufzufordern. Die Verbündeten sind überzeugt davon, daß die Einzelvereine der deutschen Kolonien eine Rückkehr unter deutscher Herrschaft ausdrücklich abgesagt haben. Der Brief sagt hinzu: Wenn die Deutschen beweisen, daß sie beschuldigen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem frühen Beipunkt möglich sein, den Österreich durch die Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Bekleidet der deutsche Verteidigung gegen die Mächte nicht es; die Weisheit ist zu jeder Zeit eine geschickte anerkannte Weisheit der Auseinandersetzung geworden.

Die Antwort der Verbündeten auf die deutsche Vereinbarung lautet: Ja dem deutschen Ministerium sei nichts entgangen, was die Überzeugung der Verbündeten erschüttert, daß die unmittelbare Ursache des Krieges die wohlbekannte Entstehung der verantwortlichen Personen zwischen 1914 und 1918, die Lösung der europäischen Fragen gewaltsam beobachtet, wenn nicht durch einen Krieg. Die Verbündeten sehen darin, daß die Beleidigung derjenigen, die hauptsächlich dafür verantwortlich sind, eine Fortsetzung der Unrechtsfreiheit ist. Es wird Deutschland erwartet werden, sein Heer allmählich zu verringern, als später abzumelden werden. Die deutschen Verteidiger bestreiten der Weisheit keinen nicht in Erwiderung gegeben werden. Was die Wiedergutmachung betrifft, so kann Deutschland eine Voraussetzung (wörtlich: Voraus- und) für die Regelung der Gesamtheit aller eines Teiles seiner Verbündtschaften anstreben.

#### Sieben Tage Treff.

Verfaßtes, 16. Juni. Bei der Übereitung der Verhandlungen auf die britischen Verteidigungspläne wurde auch eine Zusammenfassung über die Verwaltung der besetzten Gebiete Deutschlands übergeben. Generalsekretär Dutka erklärte bei der Übergabe, er überreichte hiermit die endgültigen Verhandlungen. Die britischen Delegierten sollen in einer Frist von fünf Tagen zum Zeitpunkt der Übereitung angetreten werden, so sie gewillt seien, den Friedensvertrag zu unterschreiben, oder nicht. Ministerialdirektor Simon erwiderte, die Frist von fünf Tagen sei zu kurz bemessen. Die deutsche Regierung und die britische Friedensdelegation bestätigte es sich vor, eine Verlängerung der Frist zu verlangen. Herr Dutka entgegnete, er werde den verbündeten und offiziellierten Regierungen von dieser Gefälligkeit gewissen. Kurz vor 9 Uhr kam Ministerialdirektor Simon mit dem Verfaßten und teilte dem Ministerialdirektor Dutka mit, der Verband hätte sich bereit erklärt, die Frist um 48 Stunden zu verlängern. Ministerialdirektor Simon antwortete, die Frist einzuhalten, jedoch werde erst die deutsche Regierung in der Lage sein, einen endgültigen Friedensplan aufzustellen und sie werde dem Verband mitteilen, ob die Frist von sieben Tagen eingehalten werden kann.

#### Der Streit im Zeitungsgewerbe.

Zum Streit der Berliner Druckereihilfsarbeiter wird mitgeteilt, daß am Sonnabend vom Geschäftsführer des Pariser des deutschen Buchdrucker-Vereins zur Herstellung von Einigungsvorhandlungen unternommen wurden, die am Sonntag stattfinden sollten. Die Verhandlungen unterblieben jedoch, da der Verein der Berliner Buchdruckereihilfsarbeiter erklärte, vor weiteren Verhandlungen erst das Ergebnis seiner Mitgliederversammlung abwarten zu wollen. Der Streit dauert also fort. Auch am Montag sind die Berliner Blätter nicht erschienen, so daß Berlin seit drei Tagen ohne Zeitungen ist. Das kann gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der die Wogen der politischen Gewaltwelle wieder besonders hoch gehen, für Deutschland sehr nachteilig sein, da ihm durch das Nichterscheinen der führenden deutschen Blätter der Einfluß auf die öffentliche Meinung des Auslands fast ganz unterbunden ist.

In Berlin sind wieder Berichte im Umlauf, die auf Vorbereitungen zu einer neuen allgemeinen und größeren Streikbewegung hindeuten; und zwar soll, falls Debatté verhindert wird, ein neuer Generalstreit erklärt werden. In diesem Sinne wird in den Großbetrieben durch die revolutionären Obleute bereits Stimmen gemacht und eine umfangreiche Propaganda für eine etwaige Zustimmung betrieben.

Der Streit der Münchner Druckereihilfsarbeiter hat eine Reihe großer Firmen im Buchdruckergewerbe veranlaßt, ihrem gesamten Sekret- und Druckerpersonal zu kündigen, trotzdem einer solchen Kündigung der Deutsche Buchdruckerkartell und die Verordnung der Regierung entgegenstehen. Nach der Münchner Post kommen 20 große Firmen in Betracht.

#### Streikbewegung in Magdeburg.

Magdeburg, 17. Juni. Aufgrund eines Großstreiks der Arbeiter sind alle bislangen Großbetriebe stillgelegt worden.

Auch die Metallarbeiter beschließen, in den Ausstand zu treten. Ihr endgültiger Beschuß wird heute gefaßt.

#### Aufruhr der oberbayerischen Bergarbeiter.

München, 16. Juni. Die Münchner Post schreibt: Die oberbayerischen Bergarbeiter haben eine Schichtverfügung und eine Lohnregelung verlangt. Die Schichtarbeiter wurde infolgedessen auf 7 Stunden festgelegt. Diese Vereinbarung ist heute in Kraft getreten. In der Abfrage wurde eine Einigung bisher nicht erzielt. Die Bergleute in Weissenberg sind deshalb am Sonnabend nachmittag nicht mehr eingefahren.

#### Die Gemeindewahlen in Bayern.

Bei den bayerischen Gemeindewahlen hat sich im allgemeinen eine starke Gleichgültigkeit gezeigt. Der Grund dazu liegt in der Apathie in der Bevölkerung, die die Regierung Hofmann kennzeichnet. Der gleiche Grund ist es, der den unabhängigen Sozialisten einen verhältnismäßig leichten Sieg gebracht hat. Städtische und ländliche Gewaltschaden ohne derartige Widerstände, wie sie in der letzten Zeit stattfanden, und daß die Mehrheit der Mehrheitssozialdemokratie wäre gelöscht gewesen.

Über die Wahlen liegen folgende Meldungen vor:

In den Städten wurden gewählt: In Kempen 6 Bayerische Volkspartei, 6 Demokraten, 4 Mehrheitssozialisten, 3 Nationalsozialisten, 1 U. S. P., in Ingolstadt 10 Bayerische Volkspartei, 4 Demokraten, 6 Mehrheitssozialisten, 4 U. S. P., in Neuburg 9 Bayerische Volkspartei, 3 Demokraten, 5 Mehrheitssozialisten, 1 Bayerischer Bund, in Weidenbach 11 Bayerischer Bund, 5 Sozialdemokraten, 4 Beamte, in Hofheim 19 Bayerischer Volkspartei, 9 Mehrheitssozialisten, 2 U. S. P., in Bamberg 18 Bayerische Volkspartei, 9 Mehrheitssozialisten, 4 Demokraten, 1 U. S. P., in Regensburg 23 Bayerische Volkspartei, 7 Mehrheitssozialisten, 6 Demokraten, die U. S. P. proklamierte Wahlbehinderung, in Amberg 15 Bürgerliche, 5 Mehrheitssozialisten, 3 U. S. P., 1 Gewerkschaft, in Weidenbach 10 Bürgerliche, 7 Mehrheitssozialisten, 2 U. S. P., 1 Wirtschaftsbundspartei und 2 Parteilose, in Nördlingen 11 Bayerische Volkspartei, 3 Demokraten, 3 Mehrheitssozialisten, 1 Bayerischer Bund, in Hammelburg 10 Vereinigte Bürgerliche, 7 Sozialdemokraten, 2 Angehörigenverbände und 1 Freie Bürgervereinigung, in Hilgert 9 Sozialdemokraten, 7 Bürgerliche, in Raubdeben 8 Sozialdemokraten, 5 Bayerische Volkspartei, in Landshut 6, Reich 11 Bürgerlicher Wirtschaftsbund, 7 Sozialdemokraten, 2 Deutsche-Demokraten.

München, 16. Juni. Die Stadtentwicklungen und Bürgermeisterwahlen in München haben noch den bisherigen Auftakt folgendes Ergebnis: Von 888 081 Wahlberechtigten haben abgestimmt 842 870. Er erhielten: Wittenbach 3886 Stimmen, Gaudenz 5483, Sozialdemokratische Mehrheitspartei 45 549, Freier Sozialistendienst 1483, Unabhängige sozialdemokratische Partei 77 284, Deutsche Demokratische Partei 84 474, Bayerische Volkspartei 67 552, Angehörigenverbände 2298, Oberale Bürgervereinigung 4078 Stimmen. Demnach erhielten 848 im Stadtrat: Mehrheitssozialisten 10, Unabhängige 16, Deutsche-Demokraten 7, Bayerische Volkspartei 16, Oberale Bürgervereinigung 1. Bei der Bürgermeisterwahl wurden abgegeben für Dr. Konrad, Kandidat der Deutschen-Demokratischen Partei, 84 518 Stimmen, für den fehlenden Multimilitärischen Dr. A. Strübing, Kandidat der Bayerischen Volkspartei und anderer Parteilosen, 78 457, für Dr. Schmid von der sozialdemokratischen Mehrheitspartei 46 678 und für Scheibl von der U. S. P. 77 257 Stimmen.

Würzburg, 16. Juni. Hier wurden gewählt: 20 Bayerische Volkspartei, 7 Demokraten, 8 Mehrheitssozialisten, 3 Unabhängige und 2 Wirtschaftsbundspartei.

#### Verschiebung der Generalstreiks-Proklamation.

Nach einer Meldung des Linzer Amtes ist der Generalstreik aus Paris waren zu den internationalen Syndikalistischen und sozialistischen Konferenzen am 15. Juni in Paris nur die Italiener erschienen, während die Belgier und die Engländer ferngeblieben sind. Daher beschlossen die französischen und italienischen Gewerkschafter, die Proklamation des Generalstreiks zu verschieben, bis auch die englischen Gewerkschaften in dieser Sache Beschlüsse gefasst haben, und sofort eine französisch-italienische Abordnung nach England zu senden, um sich über die Aussicht der englischen Arbeitersorganisationen zu unterrichten. Die Franzosen und Italiener erklärten sich zu einem 24ständigen allgemeinen Demonstrationstreik bereit, der aber mit den bereits stattfindenden Wohnstreiken in seinem Zusammenhang stehen soll. In einer Parallelkonferenz der französischen und italienischen sozialistischen Parteiführer wurden genau dieselben Weisheiten gefaßt.

Inzwischen bemüht sich die französische Regierung, die Streiks im Lande durch Verhandlungen beigelegen. Bei den Transportarbeitern ist ihr das, mit mir gelernt, auch gelungen. Die Verhandlungen zwischen Clemenceau und den Arbeitervertretern hatten zur Folge, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Dagegen haben die Verhandlungen zwischen den Vertretern der französischen Regierung und denen der Gewerkschaften der Bergarbeiter zu keinem Ergebnis geführt, so daß heute wohl der Generalstreik beginnen wird. Im Garonnebecken ist am Montag der Ausstand der Bergarbeiter bereits zum Generalstreik geworden. Im Garonne-Gebiet sowie in St. Etienne und Umgebung haben die Bergarbeiter am Sonntag beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeiter wird darüber beschäftigt, ob die Vertreter des Elektrofährwerkes von Bruxelles in dem Departement Nord, das die Bezirke von Bethune, St. Pol und St. Omer mit elektrischer Kraft versiebt, sich mit den streikenden Arbeitern solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen werden. Die Confédération générale du Travail hat den Kartellarbeiterverband auf Dienstag zu einer Konferenz einzuberufen, um die Lage erneut zu besprechen und gegebenenfalls einen Solidaritätsstreik zu beginnen.

Nach einem Bericht des Verner Tagblatts hat die vom Allgemeinen Arbeiterbund in Frankreich festgesetzte Propaganda-Woche bereits begonnen. In allen Provinzstädten finden riesige Gewerkschaftsversammlungen statt, in denen die Delegierten für den Generalstreik werden. In einer angekündigten Tagessitzung werden die Arbeiter aufgefordert, im Halle einer Mobilisation dem Aufruf auf seinen Fall folge zu leisten. In einer Versammlung in Corbeil teilten die Delegierten mit, daß die englischen und italienischen Gewerkschaften die gleichen Maßregeln beschlossen haben und diese allgemein empfehlen.

In Riga haben die Metallarbeiter den Streik erklärt.

#### Rundgebungen in Brüssel.

Brüssel, 16. Juni. Telegramm meldet aus Brüssel, daß die sozialistische Partei gestern vorzeitig in allen Großstädten Belgiens Rundgebungen gegen den Kriegsminister und den Ministerpräsidenten beschließt, die zufolge verlaufen sind.

#### Sächsische Volkskammer.

41. Sitzung vom 16. Juni.

Die Kammer nahm heute ihre Sitzungen nach der Pfingstpause wieder auf.

Präsident Freßdorf eröffnete kurz nach 4 Uhr die Sitzung.

Zunächst kommt es zu einer Geschäftsführungssitzung, bei der Präsident vorstellt, den zweiten Organisationssekretär mit Abstimmung auf die Geschäftsführung des Hauses votiert. Am Samstag ist der Präsident (Dem.) und Hoffmann (DP, WP) erheben dagegen Einspruch und mündlich erläutern, daß eine abgemilderte Verteilung in der Sitzung stattgefunden habe. Die Abgeordneten (Dem.) und Hoffmann (WP) erheben dagegen Einspruch und mündlich erläutern, daß eine abgemilderte Verteilung in der Sitzung stattgefunden habe.

Die Kammer entscheidet sich sofort einstimmig gegen den Vorschlag des Präsidenten. Die Vorlage kommt also erst im Namen zur Bearbeitung.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle der

Geschäftsauftrag über die Dienststellung der Mitarbeiter.

Nach dem Entwurf erhalten die Minister jährlich ein Gehalt von 20 000 M. und entweder jede Dienstwohnung oder 4000 M. Wohnungsentnahmestellung. Der Ministerpräsident erhält außerdem jährlich eine Aufbaudienstbegütigung, deren Höhe im Haushaltssatz festgelegt ist.

Abg. Scherfig (Dem.) findet, daß die Ministerpräsidenten nicht mehr normiert sind, sondern über den Bezugfall der Aufbaudienstbegütigung für die Minister als Abgeordnete. Die Frage des Abgeordneten mißt die Aufbaudienstbegütigung der Minister jährlich berücksichtigen.

Abg. Fleißner (U. Soz.): Mit der Festlegung der Ministergehälter sind wir einverstanden, um übrigens können wir über die Vorlage abstimmen. Die Vorlage kommt uns in dem Zeile, den wir abnehmen, rechtlich vollständig vor. Die Ministerfürsorge verzögert sich nicht mit dem parlamentarischen Sitzung, sie ist auch nirgends in Deutschland noch angewendet. So sollen Minister, die nur eine kurze Dienstzeit hinter sich haben, eine Abfindung erhalten. Hat sich ein Minister nur vier Wochen halten können, so soll nach der Vorlage jeder Minister nur eine einmalige Abfindungsumme von 8000 M. erhalten, das bedeutet bei dem acht Minister, die vier Jahre in Sachsen haben, eine Abfindungsumme von 64 000 M. Das ist eine verhältnismäßig hohe Belastung des Staates, dagegen kommt, daß bei dem parlamentarischen System mit einem häufigen Ministerwechsel zu rechnen ist. Das Abfindungssystem ist die Sache nach aber auch direkt ungünstig und muß unter allen Umständen abgelehnt werden. Es kann im gleichen Grunde wiederum wie auch gegen das System der Ministerpräsidenten eingeführt werden. Das Abfindungssystem die Partei dem Staate ein Stich und eine Blöße abnehmen soll. Eine Abfindung muß mich in der Größe des Abstandes der Minister als Abgeordnete.

Abg. Deutler (DP, WP) äußert ebenfalls Bedenken gegen die geplanten Abfindungen und Abgeordneten. Außerdem schließen nur Journalisten, Rechtsleute und Konsulenten geeignete Ministerberater zu sein. Man braucht keine Kraft zu haben, doch es eines Tages kleinen Ministerberatern mehr gibt, denn in Sachsen wenigstens überzeugt das Angebot von Ministern bei weitem die Nachfrage. (Große Heiterkeit.) Unverhältnismäßig M. wie der jetzige Finanzminister zugleich Vorsteher des Dresdner Stadtbauhofenbüroleitungs sein kann, daß eine Abfindung der gegenüberliegenden Anteile unvermeidlich erscheinen würde. (Gehe richtig recht.) Der Minister behauptet dann noch, im Prinzip die Weisheit des Einheits, daß die neue Regierung mit den Minister des Staates nicht allzu deutlichlich umgeht. (Weißt recht.)

Abg. Büßer (D. WP) ist gegen eine endgültige Abstimmung der Angelegenheit, solange nicht feststeht, wie sich Ministr. Schindermann für die Ministerpräsidenten zu verhalten. Würde er die Abfindung erhalten, so kann er nicht abtreten. Will er nicht abtreten, so kann er nicht abtreten. (Abg. Büßer rechts.) Der Ministerpräsident bekommt nicht sein Gehalt vom Staate, sondern vom Reich. Wie ich das Amt des Kriegsministers übernommen habe, habe ich auf alles verzichtet, was der frühere Kriegsminister bestand, mit Ausnahme des Gehalts. Ich habe also nicht mehr bezogen als meine damaligen Ministerkollegen.

Wirtschaftsminister Schröder: Die Darstellung Fleißners entspricht nicht den Tatsachen. Meine Gründe haben in einer Ministr. Eröffnung im Dezember bereits angergt, die Ministerpräsident herabzusetzen, aber der Abg. Büßer spricht darüber die Vorlage. War es von links der Regierung, so war es von rechts der Reich. (Heiterkeit.) Willst du nicht wieder Minister sein, der nicht abgespalten ist? (Abg. Büßer rechts.) Der Regierungsmittel kommt nicht sein Gehalt vom Staate, sondern vom Reich. Wie ich das Amt des Kriegsministers übernommen habe, habe ich auf alles verzichtet, was der frühere Kriegsminister bestand, mit Ausnahme des Gehalts. Ich habe also nicht mehr bezogen als meine damaligen Ministerkollegen.

Wirtschaftsminister Schröder: Die Darstellung Fleißners entspricht nicht den Tatsachen. Meine Gründe haben in einer Ministr. Eröffnung im Dezember bereits angergt, die Ministerpräsident herabzusetzen, aber der Abg. Büßer spricht darüber die Vorlage. (Abg. Büßer rechts.) Wir haben dann später einen direkten Antrag eingereicht und dieser wurde einstimmig angenommen. Abg. Büßer: Würde ich nicht einstimmig geworden. (Abg. Büßer rechts.)

Abg. Büßer (U. Soz.): Wir sind nicht etwa mit Büßlichkeit auf die Ministerpräsidenten in die Regierung eingetreten. Der Antrag auf Herauslösung der Ministerpräsidenten, die mir zum Amt bestimmt, gründet sich auf die Ministr. Eröffnung im Dezember bereits angergt, die Ministerpräsident herabzusetzen, aber der damalige Finanzminister Gehe habe sich dagegen mitsamt Mitteln gestimmt. (Abg. Büßer rechts.) Wir haben dann später einen direkten Antrag eingereicht und dieser wurde einstimmig angenommen. Abg. Büßer: Würde ich nicht einstimmig geworden. (Abg. Büßer rechts.)

Minister des Innern: Nicht bestellt, daß die amtliche Nachberufung jener Sitzung nicht vollständig ferngeblieben ist. (Abg. Büßer rechts.) Das ist eine Verabschaffung! Darauf Abg. Büßer: Bezieht sich auf Fleißners Ring um Dresden?

Die Vorlage geht zur Weiterberatung an den Finanzausschuß A.

Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Gesetzentwurf über die Kosten zu den Bergbauverhandlungen, Bergbauschäden, Bergbauschäden usw.

Minister des Innern: Was liegt dahinter? (Abg. Büßer rechts.)

Ministerpräsident Büchner (U. Soz.): Die Vorlage stellt die Bergbauverhandlungen, Bergbauschäden, Bergbauschäden usw. dar.

Abg. Büßer (U. Soz.): Die Vorlage röhrt die Bergbauverhandlungen, Bergbauschäden, Bergbauschäden usw. an. (Abg. Büßer rechts.)

Die Vorlage geht zur Abstimmung im Finanzausschuß A.











Dienstag den 17. Juni 1918.

Dresdner Volkszeitung

Seite 8

## Fata Morgana

### Lichtspiele

Breite Straße 3 in Fernruf Nr. 23571

Großer Sensationsfilm für Dresden!

## Arme kleine Eva

Schauspiel in 4 Akten

nach dem bekannten Roman von

Paul Langenscheidt.

in den Hauptrollen:

Alice Dagny vom  
Willi Kleinischeggs  
Hans Wahlerberg  
Dresden

— Besonders gewählte Künstlermusik. —

## MUSENHALLE

Breite Straße, Kreisbörse Str. 12, Straßenbahnhaltestelle 2, 14, 25

Nur noch bis Dienstag abend

## Der Geigerfriedel

bier Uhr ab Mittwoch täglich abend 7 1/2 Uhr

**Verliebte Leute.** Große Musikkabarett.

Jeden Dienstag großes Gartenkonzert. (170)

## Victoria-Lichtspiele

Scheffelstraße 21.

ab Dienstag bis mit Donnerstag:

Stuart Webbs (ein 7. Abenteuer)

## Das Mitternachtschiff.

Samstagabend Deutsches Schauspiel in 4 Akten. (170)

Christoffs Brantfahrt. Röhl. Lustspiel in 2 Akten.

Küchentheater: Die moderne Frau von Orleans.

## Königshof-Theater

ab Freitag 14 Uhr. (170)

## Sah ein Knab' ein Röslein stehn

Einzelstück aus Goethes Jugendzeit in 3 Akten des 18. Jahrh.

Stadt mit Bezugnahme vom Volkstheater des Deutschen Schauspielhauses.

(170)

## B. H.

### BALLHAUS

Bautzner Straße 35

Jeden Mittwoch und Sonntag

## Vornehmer Ball

Schönbergsche Künstlerkapelle.

Neueste Tänze. Vorzügl. Weine.

## Stadt Bremen

Elbinger Straße 58. Straßenbahnhaltestelle 15.

Seben Sonntags und Mittwochs

## Oeffentliche Ballmusik

Reichsvermögens Aufmärsche. — Im ganz Sogenan. nicht

erlaubende Ritterfeste. — Überzeugende Stimmkulisse.

Ob besser aus abstrakten Weinen. W. Dörfel.

Werthen heißt ist meine sinnlichen Rhythmen bestens einzuhören

und kann die geistigen Wertheime am Besten hören.

(170)

## Wilder Mann

Morgen Mittwoch von 6 Uhr an

## Feiner Ball

Gasthof Wölfritz.

Dienstag Dienstag. (170)

ab 17. Juni: Damenball.

## Felsenkeller

Straßenbahnhaltestelle 22. (170)

Der beliebte

## Mittwochs-Ball

Gasthof Coschütz.

Unter 1. Uhr. Dienstag Mittwoch. 18. Junii. Unter 1. Uhr.

Großes Konzert mit Ball.

Unter mit Taxis. Dienstag 18. Junii. Unter 1. Uhr.

Gasthof Cobmannsdorf. ein Tänzer.

(170)

## Garten-Kaffeehaus Maximilian

Die Minnastraße 19. gegenüber Ueb. Glash.

Donnerstag (Promenadenkonzert) den 19. Juni.

## I. Großes Promenaden-Konzert

gespielt durch das Minneswitz-Orchester unter Leitung des Herrn Dimitrijev. Br. Minneswitz.

Minneswitz. — Vollen Orchester.

Konzert 1. Uhr. Eintritt 1.50. Eintritt 1.50.

Beständige Weine zu allen Preisen.

ab 1.50. Eintritt 1.50.

Samstag von 11-1 Uhr. Frühwochenkonzert.

(170)

## Onkel Toms Hütte

Großen Gartengelände — Linde 2 (Gebäudefeld).

Seben Mittwoch. (170)

Garten-Konzert im Touren-Tanz in Westbanken Seite.

ab 1.50. Eintritt 1.50.

Samstag nach Sonntags.

Se. Eintritt 1.50.

## Belvedere Dresden

### Anna Müller-Lincke

berühmtes Kinotheater, in ihrem lustigen Repertoire

Georg Kaiser Humorist

Engelbert Milde Humorist am Flügel

Liesel und Franzl Geesingh obersächsisches Gesang- und Tanz-Duo

Louise Hauböfer Verwandlungskünstlerin

Henny Harpert Opernsängerin

Am Flügel Kapelle

Frank Wolf Hermann Minnecke.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Im unteren Saal und Garten

sohntheater und abends

## Konzert mit großem Orchester

Leitung: Kapellmeister Heinrich Eber.

Montag. Wohtage ab 7 Uhr 25 Pf. einschließlich Steuer

im Saal und Posttagen 25 Pf.

— Vorzügliches Gedöhn aus eigener Komposition.

Wolke erster Pianist. — Gute kalte und warme Käse.

Käse, Mürzherne und Pilauer Biers in vorzügl. Qualität.

Konditorei —

sohntheater und abends Künstlerkonzert.

Kapelle Paul Hoch.

Montag. Wohtage 1.50.

## SARRASANI

Heute ringen:

Böhmen gegen Hirschmann

Roland gegen Stoizewald

Moknike gegen Schwarz

Großer Protest-Revanchekampf

Christensen gegen Farce

Christensen hat gegen seine Niederlage durch Fust protestiert. Das Schiedsgericht hat den Protest angenommen und den Sieg des Wiener für ungültig erklärt.

Es findet heute ein neuer Kampf statt.

Vorher:

Georg Busse in seiner Schauspieler-

„Ach, wenn ich doch ein

Weltbehen hätte!“

7 Uhr. 1.50. 7 Uhr.

## TROCADERO: Ernst und heitere Kunst!

## MUSENHALLE

Breite Straße, Kreisbörse Str. 12, Straßenbahnhaltestelle 2, 14, 25

Dienstag, abends 6 Uhr. (170)

## Garten-Eröffnungskonzert

ebenso. Garberreiter-Kapelle. Übernahmefest Str. 12.

Nach dem Konzert: Oeffentlicher Tanz. (170)

Gasthof Wölfritz.

Montag Mittwoch. Anfang 7 Uhr.

## Großes Garten-Konzert

son der Bühne des Herrn Ruffmellers Göhler. (170)

ab 6 Uhr: Oeffentlicher Ball!

Gasthof Vorst. Seidnitz

Montags und Mittwochs

Gasthof Wölfritz.

## Stellen-Angebote

für industrielle u. gewerbliche

Unternehmungen haben nur

dann Erfolg, wenn die Be-

tonntgabe solcher Anzeigen

in einer Tageszeitung er-

folgt, die die weiteste Ver-

breitung in der Arbeiters-

chaft hat. Für Dresden u.

Umgegend kommt in aller-

erster Linie in Betracht die

fast in jedem Arbeiterviertel

vertretene und gern gelesene

« Dresdner »

Volkszeitung

Ein Versuch dürfte zweck-

mäßig und sehr lohnend sein

## Im Grönlandeis

mit Mylius Erichsen

Unterstützte Übertragung von Friedrich Stöber.

mit vielen bunten und schwungen photograph. Abbildungen

800 Seiten. Preis gebunden 10 Mark.

Wiederholungspreis 6 Mark.

Wiederholungspreis 4 Mark.

Wiederholungspreis 3 Mark.

Wiederholungspreis 2 Mark.

Wiederholungspreis 1 Mark.